



Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Hefte 2 RM. (ab Januar 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21. / Geschäftsstelle in Dresden
Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17250 / Postamt Dresden Nr. 18600. Dresdner Verlagsgesellschaft
Sekretariat: Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Herauspr. Umt. Dresden Nr. 17250 / Dechantstr. 10. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Überlebenskasse“ erscheint täglich außer am Sonn- und Feiertag / Im Inhalt besteht kein Unterschied auf die Zeitung oder das Auslandshaus des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 9. September 1927

Nummer 211

Rauerei um die Führung in Genf

Genf, 9. September. (Eigener Bericht.)

In der gestrigen Völkerbundssession war eine grohe Rauerei zulande gebracht worden. Chamberlain und Brundt hatten befürchtet als Erfolg für den polnischen Osterreichvorschlag eine eigene Resolution eingebracht, die von der Versammlung angenommen werden sollte. Diese Resolution hatte folgenden Wortlaut:

Die Versammlung erkennt die Solidarität, die die internationale Gemeinschaft vereinigt; sie ist fest entschlossen, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu sichern; sie nimmt zu Protokoll, daß Krieg niemals als ein Mittel zur Regelung von Konflikten zwischen Staaten gebraucht werden darf und daß insgesamt ein Angriffskrieg ein internationaler Verbrechen bedeutet; sie ist der Ansicht, daß ein feierlicher Verzicht auf jeden Angriffskrieg die Wirkung haben würde, eine Atmosphäre allgemeinen Vertrauens herzustellen, die den Fortschritt der im Hinblick auf die Abrüstung unternommenen Arbeit begünstigt. Die Versammlung erklärt ferner: 1. Jeder zur Abwendung internationaler Konflikte unternommene Krieg ist und bleibt verboten, 2. Alle internationales Streitigkeiten müssen durch friedliche Mittel entschieden werden."

Wir schrieben schon gestern, daß dieser Rummel nur in Seite gesetzt wurde, um die Massen zu täuschen. Wir zeigten, daß es sich um einen Vorstoß Frankreichs um die Führung im europäischen Blod gegen die Sowjetunion handelt.

Die sozialdemokratische Presse half gestern wieder die Friedensmühle feste unterzufüllen. Der Vorwurf schreibt zu viele Rauten um die Führung: „Im Kampf um den Völkerbund“ Schon hat es so aus, als habe man sich schon verständigt, als die französischen Imperialisten einen neuen Vorstoß unter-

nahmen. England wollte in die Resolution von Anfang an noch eine Erklärung zu Locarno und das Genfer Protokoll hinzubringen. England lehnte aber dieses Unsinnen ab.

Dann nachdem das Theater schon im vollen Gange war, eröffnete plötzlich der politische Telegrafe, wahrscheinlich auf Anweisung Polincars aus Paris, daß er mit der Resolution nicht einverstanden sei. Er forderte, daß in die Resolution noch aufgenommen werde: die Herabsetzung der Ausgaben für Arme und Flotte, Sicherung eines Sowjetstaates, sowie Garantie der deutsch-polnischen und polnisch-sowjetischen Grenzen.

Der Vorstoß richtete sich offenbarlich gegen den englischen und deutschen Imperialismus.

Stresemann und Chamberlain wendeten sich dann auch sofort gegen den neuen Vorstoß des französischen Imperialismus. Chamberlain lobt mit seiner Axtredigkeit, habe er erklärt, er werde Schluss machen und abreisen.

Die deutsche Delegation bemüht sich, dem englischen Imperialismus beizuprangen, die Situation zu retten. Die Delegation hat erklärt, daß durch die Erklärungen, die von Chamberlain vor einigen Tagen in Genf vor Brundt in Paris, von Stresemann in Berlin abgegeben seien, wosach die Sicherheit im Osten durch die Locarnoverträge genug garantiert sei, eine besondere Aufforderung zum Abschluß von Abstangriffspakt, wie sie in der polnischen Resolution enthalten seien, nicht notwendig wäre. Die Locarnoverträge würden durch die Annahme einer solchen Resolution nur entwertet.

England schickte die deutsche, Frankreich die holländische und polnische Delegation ins Feld. Mit dem deutschen Vorstoß soll erreicht werden, daß die Orléansfrage vor der Tagesordnung verschwindet und hinter den Rücken verhandelt wird. Man befürchtet, daß das Prestige des Völkerbundes sonst noch mehr leiden würde.

Der drohende neue Betrug an der Beamenschaft

Sagt 1925 steht die Erhöhung der Beamtenbesoldung zur Tagesordnung. Viele Versprechungen den Beamten gemacht worden sind, läßt sich kaum noch zählen. Die andauernde Erwähnung der Beamtenbesoldungsverhöhung in der Presse hat in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorgerufen, als hätten die Beamten schon den höheren Gehaltsaufbesserungen bekommen. Es ist mit dieser Taktik erreicht worden, daß eine gewisse Unzufriedenheit gegenüber der Beamenschaft, die „immer bedacht werden ist“, Platz gegeben hat. Es ist dabei auch immer heuchlerischerweise die Rede gewesen, man wolle besonders die Not der unteren und mittleren Beamten beseitigen. Wie diese Not der unteren und mittleren Beamten von Seiten der Regierungen abgestellt worden ist, ist daraus erfassbar, daß bei der letzten Besoldungserhöhung die unteren Beamten um 17 Prozent, die oberen um 72 Prozent ihres Gehaltes aufgebessert worden sind. Mehrmals schien der Gedanke, der Beamenschaft zu reihen. Da hofften sich die Regierungen mit Almosen (Winterbeihilfe u. a.), aber immer so, daß nicht die unteren, sondern wirklich nur die oberen Beamten die Vorteile hatten. Bei der letzten Sommerunterstützung, die eine reine Almosenmaßnahme war, erhielten die unteren Beamten 50 bis 80 RM, die oberen bis 200 RM.

Zu endlich hat man sich entschlossen, die Beamtenbesoldung „grundlegend“ neu zu ordnen. Politisch beachtlich ist dabei, daß man eine neue Taktik versucht hat. Alle Vorbereitungen zur neuen Besoldungsordnung sind geheim gehalten worden, die Gewerkschaften der Beamten sind weder gehört noch von den Absichten der Regierungen unterrichtet worden. Der Reichsfinanzminister hat sich sogar ins Ausland zurückgezogen, um ja recht im stillen und unbekannt seine Pläne in Gesetzesformeln zu bringen. Wenn man bisher als Kennzeichen der Besoldungspolitik des Reiches die Hinhalts- und Verzögerungstaktik übte, so soll jetzt zur Abwechslung einmal ein Übertragsmandat die Beamten um ihre berechtigten Forderungen bringen. In der Oktobertagung des Reichstages soll das neue Beamtenbesoldungsgesetz verabschiedet werden, und nur wenige Tage vorher soll der Entwurf der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Man will damit erreichen, daß grundsätzliche Änderungen, besonders Verbesserung der Lage der unteren und mittleren Beamten, unmöglich gemacht werden.

Was bis jetzt von diesem Entwurf bekanntgeworden ist, zeigt deutlich, daß man auch die neue Besoldungsordnung nur im Interesse der höheren Beamengruppen aufbauen will. Der Reichsfinanzminister hat Zulagen gegeben, die Grundgehalter der Beamten um 10 bis 12 v. H. zu erhöhen. Da diese „Erhöhung“ schon eher eine Verhöhung darstellen würde, läßt man das Gerücht verbreiten, daß einige Aufbesserungen bis zu 22 v. H. erwogen werden. Konkret heißt das, daß die Beamten der untersten Gruppen monatlich etwa 20 RM, die der obersten Gruppen etwa 60–70 RM an Grundgehalt mehr bekommen. Da aber das Wohnungsgeld dem Grundgehalte angepaßt ist und an diesem Wohnungsgeldzuschuß nichts geändert werden soll, bedeutet das, daß die unteren Gruppen wiederum aufs härteste benachteiligt werden. Die geringe Erhöhung versucht man damit zu rechtfertigen, daß die Ausgaben besonders für die unteren Beamten zu hoch würden, weil beispielweise bei der Reichsbahn die unteren Beamten 90 Prozent, bei der Reichspost 67 Prozent aller Beamten ausmachen. Eine weitere Ver schlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand liegt darin, daß die bislang 13 Gruppen von 20 oder 22 auseinandergezogen werden sollen, das bedeutet, daß die Spannung zwischen den Gehältern größer wird, daß die höheren Beamten besondere Funktionszulagen bekommen, und diese Zulagen personalfähig gemacht werden sollen. Eine weitere Ver schlechterung liegt darin, daß die Alterszulagen nicht wie bisher aller zwei Jahre, sondern erst aller drei Jahre gewährt werden, das bedeutet, daß der Höchstgehalt einer Gruppe nicht wie bisher im Höchstfall nach 18 Dienstjahren, sondern erst nach 21 Dienstjahren erreicht wird. Weiter so bestätigt werden der Grundzettel der „Verzähnung“, was wenigstens einigermaßen die schroffen Gegentüpfel zwischen den einzelnen Gehaltsgruppen milderte. Die bisherigen Frauenzuschläge werden bestätigt und in das Grundgehalt eingebaut, was die beabsichtigte Erhöhung des Grundgehaltes um einen reichlichen Prozentanteil praktisch wieder herabsetzt. Die Kinderzuschläge sollen in Form eines Pauschalbetrages ausgezahlt werden. An Stelle des Leistungsprinzips will man wieder das frühere Laufbahnsprinzip legen, das die Trennung innerhalb der Beamenschaft aufs stärkste fördern möchte.

Zu ganzen ist zu erkennen, daß die wirtschaftliche Zersetzung des Beamtenforts unter besonderer Vorzugsstellung der höheren Beamten zu ungünsten der unteren und mittleren auch weiterhin Prinzip bleibt. Wir werden uns auf entschieden gegen diese Entziehung der unteren und mittleren Beamten wenden. Es ist notwendig, gegen

Massenmorde des Militarismus

Wie die Kriegsfurie in Belgien häuste — Frauen, Greise, Säuglinge standrechtlich ermordet

Der Korrespondent der W. a. M. meldet aus Brüssel:

Der sozialistische Außenminister Vandervelde veröffentlicht im Peuple einen ausschreitenden Artikel zur Frankfurter Frage.

Im Gegenzug zu den deutschen Blättern, die bis zu den Demokraten und Sozialdemokraten hin behaupten, daß es in Belgien keine grausamen Vergeltungsmahnmäßigkeiten der deutschen Armee gegeben hat, weist Vandervelde an Hand von zahlreichen Beispiele und ausschließlichen Dokumenten nach, wie von deutscher Seite aus Rache für angebliche „Untaten“ von Frankfurturen schreckbare Grausamkeiten und Blutbäder begangen worden sind.

Die Entstehung eines Denkmals für die 1914 in Dinant, einem belgischen Ort, hingerichtet wurden 674 belgische Zivilisten, die am 23. August d. J. unter dem chauvinistischen Vorwurf der belgischen Kontroverse (Auslandsonderregung) über den Frontkampf zum Gegenstand einer unparteiischen Enquête (Kundgebung) zu machen, hat die französischen Nationalisten vor sich ging, da neben dem ablehnenden Abgang der deutschen Nationalisten auch die erstaunliche Entstehung der demokratischen und sozialdemokratischen Presse in Deutschland hervorgerufen.

Auch in Aum mit der Frankfurter Zeitung bemerkte dazu der Vorwärts in seiner Nr. 390 vom 23. August: „Der Vorwurf des belgischen Außenministers Vandervelde, die deutsche Kontroverse (Auslandsonderregung) über den Frontkampf zum Gegenstand einer unparteiischen Enquête (Kundgebung) zu machen, hat die französischen Nationalisten in die Höhe getragen... Der wahre Grund für den Mutmaßbruch ist aber zweifellos in der Furcht zu erbliden, daß die Untersuchung durch eine neutrale Kommission der Kriegsverbrechen enden wird...“

Vandervelde, der sozialdemokratische Außenminister, ist aber anderer Ansicht! Das geht aus dem belgischen Brudert des Vorwärts, dem sozialdemokratischen Organ in Belgien, Le Peuple, vom 5. September sehr deutlich hervor.

Unter der Überschrift „Wie 674 Zivilpersonen in Dinant hingerichtet wurden“, nimmt der Peuple keine Ausführungen eine Antwort an die Frankfurter Zeitung vom 1. September. Folgerichtig wendet Aum diese Antwort auch an den Vorwärts.

Besonders dem Vorwärts dürfte dieses Material sehr unangenehm kommen; denn es handelt sich bei den Ausführungen des Peuple um einen Auszug aus einem amtlich zusammenfassenden Bericht seines belgischen Parteifreundes, des sozialdemokratischen Außenministers Vandervelde!

Greise und Säuglinge
Hier nach fielen bei den Kämpfen zwischen den feindlichen Truppen um die Zeit des 23. August 1914 insgesamt 674 Opfer aus der Zivilbevölkerung. Darunter befanden sich 44 Greise im Alter von 65 bis 88 Jahren und 50 Kinder im Säuglingsalter von drei Wochen bis zu 15 Lebensjahren!

Bei diesen Opfern handelt es sich also um die Gesamtzahl derjenigen Zivilisten, die bei den Kampfhandlungen der feindlichen Truppen zugrunde gingen. Wittenhalten in dieser Ziffer ist jedoch fast die ganze Anzahl von 90 Geiseln, die — ganz unabhängig von dem Stand des Gefechtes der feindlichen Truppen — auf Befehl der ehemaligen Offiziere Wilhelms II. festgenommen wurden. Von diesen 90 Geiseln wurden 77 als „Vergeltung“ für angebliche Frankfurturen niedrigt ermordet. Was es mit dieser „Vergeltungsmahnmäßigkeit“ auf sich hatte und wen man alles für fähig hielt,

Frankfurturen ausführen zu können, sagt Vandervelde, indem er wörtlich erklärt:

„Es ist eine gerechte Auffassung der Pflichterfüllung, daß man beim Bayard-Zusammenstoß bei Dinant als Geiseln — nicht etwa zum Schutz gegen Frankfurturen, sondern gegen Franzosen, welche dem Feind in regulärem Kampfe gegenüberstanden — 90 Zivilisten schneidet ließ, von denen 77 erschossen wurden?! Darunter befanden sich 38 Personen weiblichen Geschlechts und hierunter eine Frau von 88 Jahren, ferner 7 Greise von mehr als 70 Jahren und 15 Kinder unter 14 Jahren, woson 7 zweit Jungen und weniger jüngsten.“

In dem Auszug des Peuple werden auch Namen, Berufe, Alter und Wohnorte der ermordeten Geiseln aufgeführt.

Namen

Unter den Frauen befinden sich zum Beispiel Louise Winsomme, 88 Jahre; G. Burton, 75 Jahre; J. Decombe, 73 Jahre; E. Bourguignon, 68 Jahre; J. Pirot, 67 Jahre, und eine ganze Anzahl von anderen Namen erschossener Greisinnen und Jungen.

Unter den Greisen findet man folgende Angaben: J. Gondane, Weber, 81 Jahre; J. Collard, 77 Jahre; E. Collard, 76 Jahre; E. Houblon, 76 Jahre; Kaufmann E. Bourdon, 76 Jahre; Schneider Morelle, 69 Jahre; Fabrikarbeiter Vigneau, 67 Jahre. Und nun die Namen der Säuglinge und Kinder, die als „Geiseln“ niedergemacht wurden: ein Knabe von drei Monaten; Mattole Fine, 1 Jahr; Nelly Paulot, 16 Monate; Félix Ballieu und Gilda Genon, je 19 Monate alt, dann weiter die Namen zwölf, sechs, acht und mehrjähriger Kinder. Ganze Familien wurden ausgerottet: Familie Morelle (6 Personen), Familie Dupont (4 Personen), Familie Rinière (5 Personen) und so weiter.

Die KPD für den Mietwohner

Hand in hand mit den Hausbesitzern
Berlin. Im gestrigen Abend-Vorwärts wird bekanntgegeben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht für den kommunistischen Antrag eintreten wird, in dem gefordert wird, daß die für den 1. Oktober angekündigte Erhöhung der Mieten zu unterbleiben hat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt damit offen auf die Seite der Hausbesitzerparteien.